

Der BürgerBrief

Inhalt dieser Ausgabe:

Droht jetzt eine Hyperinflation?

Seite 1

Die Zivile Koalition

Seite 3

Möglichkeiten der Inflationsbekämpfung

Seite 4

Welche Folgen wird die Wirtschaftskrise haben?

Seite 5

Ankündigung

Seite 6

Impressum

Seite 6

Werben im BürgerBrief

Der BürgerKonvent bietet interessierten Unternehmen die Möglichkeit, innerhalb des „BürgerBriefes“ zu attraktiven Konditionen Anzeigen zu schalten. Der „BürgerBrief“ wird derzeit an etwa 14.000 Empfänger versandt und im Jahr 2009 zehnmal erscheinen. Für nähere Informationen zu den möglichen Anzeigenformaten sowie zu den entsprechenden Tarifen wenden Sie sich bitte telefonisch unter 030/88033240 oder per Mail an die Geschäftsstelle des BürgerKonvent in Berlin.

Ausgabe 58

Januar 2010

Droht jetzt eine Hyperinflation?

Seit Beginn der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise haben die nationalen Regierungen durch die Aufnahme immer neuer Schulden den Markt mit Liquidität geflutet. Die im Umlauf befindliche Geldmenge ist so groß wie noch niemals zuvor.

Waren im Jahr 2000 lediglich Geldscheine und Münzen im Wert von umgerechnet 230 Milliarden Euro im Umlauf, so waren es im November 2009 bereits über 770 Milliarden Euro. Nun breitet sich die Angst vor einer Inflationswelle immer weiter aus. Und das zu Recht, wenn man den führenden Ökonomen Glauben schenken will. Denn diese sagen alle für spätestens 2011 ein spürbares Ansteigen der Inflation voraus. Grund dafür sind die 6,7 Billionen US-Dollar, die weltweit zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise aufgewendet wurden. Eine solch massive Vergrößerung der Geldmenge muss zwangsläufig zu einer Entwertung der einzelnen Währungen führen, wobei der Euroraum wohl sehr viel weniger betroffen sein wird als diejenigen Gebiete, in denen der Dollar das offizielle Zahlungsmittel ist. Denn während die Geldmenge seit Beginn der Krise im Jahr 2007 in der Eurozone lediglich um 35 Prozent erhöht wurde, hat die Federal Reserve Bank (Fed), die Notenbank der Vereinigten Staaten, die Dollarmenge um sage und schreibe 138 Prozent vergrößert. Dass der Dollar-Wechselkurs nicht schon längst ins Bodenlose gestürzt ist, haben die Amerikaner den Chinesen und

— Ankündigung —

Der BürgerKonvent

Sehr geehrte Mitglieder,

mit einiger Verspätung startet nun auch der BürgerBrief mit seiner 58. Ausgabe in das Jahr 2010. In diesem Jahr stehen große Projekte an, mit denen der BürgerKonvent e.V. wieder verstärkt in die öffentliche Debatte eingreifen möchte. Eines dieser Projekte wird eine Kampagne zur Gesundheitsreform sein.

Droht jetzt eine Hyperinflation?

Japanern zu verdanken, die unverdrossen riesige Dollarreserven horten und bisher (noch) keine Anstalten machen, sich von diesen zu trennen.

Doch auch für den Euroraum ist die Erhöhung der Geldmenge problematisch. Denn durch die unvermeidlich eintretende Inflation verlieren Sparguthaben und Einkommen an Wert, was zwar den betroffenen Regierungen gelegen kommt, da ihre Schulden auf diese Weise ebenfalls sinken, doch verlieren Millionen Menschen, je nach Ausmaß der Inflation, einen kleinen oder großen Teil ihrer Ersparnisse. Und das wäre gerade für Deutschland, das über eine der höchsten Sparquoten weltweit verfügt, ein massives Problem.

Um der Gefahr der Geldentwertung zu begegnen, investieren nun viele Anleger nicht mehr in Aktien oder Anlagefonds, sondern in Gold und Immobilien. Und diejenigen, die nicht über üppig gefüllte Bankkonten verfügen, tun das, was die aktuelle Krise unter anderem hervorgerufen hat: Sie machen weiter Schulden. Eine Strategie, die angesichts der derzeit vorhandenen Geldmenge durchaus erfolgversprechend ist.

Doch sollten die Gefahren, die eine galoppierende Inflation für eine Volkswirtschaft birgt, keinesfalls unterschätzt werden. Es ist zwar nicht zu befürchten, dass sich der Staat auf Kosten seiner Bürger entschuldet, indem er einfach immer mehr Geld in Umlauf bringt, so wie es 1923 in Deutschland geschehen ist. Die Anreize für die nationalen Regierungen, zumindest einen befristeten Flirt mit der Inflation zu wagen, sind allerdings aufgrund der immensen Schulden, die wegen der Wirtschaftskrise aufgenommen werden mussten, groß. Vor einem solchen Schritt hat aber bereits in den siebziger Jahren der damalige Bundesbankpräsident Otmar Emminger mit den Worten gewarnt: „Wer mit der Inflation flirtet, wird von ihr geheiratet!“ Diese Warnung

besitzt, auf die Währungspolitik bezogen, universale Gültigkeit und hätte von der schwarz-roten Bundesregierung berücksichtigt werden sollen, als man in Marathonsitzungen die verschiedenen Konjunkturpakete beschloss und anschließend vom Bundestag absegnen ließ.

Doch stattdessen wurde die größte Schuldenaufnahme in der Geschichte der Bundesrepublik beschlossen, die den ohnehin schon strapazierten Haushalt auf Jahre hinaus schwer belasten wird. Zusätzlich greift ab 2013 die per Grundgesetzänderung beschlossene Schuldenbremse, die den Spielraum für Ausgaben nicht nur noch weiter einschränken wird, sondern ihn wahrscheinlich vollständig auffressen wird.

Doch wenn die Inflation schon unvermeidlich ist, wie sollten die Verbraucher ihr begegnen, um nicht alles, was sie sich über Jahre hinweg erspart haben, zu verlieren?

Wie bereits erwähnt, haben sich viele Anleger in Gold geflüchtet, was für alle, die erst jetzt auf diesen Zug aufspringen wollen, jedoch zu einem Verlustgeschäft werden dürfte, da der Goldpreis inzwischen utopische Höhen erreicht hat, die ein Investment in dieses Edelmetall unrentabel machen. Ein anderer Bereich, den die Anleger nach der Kreditkrise wieder für sich entdecken, sind Immobilien. Die Situation erscheint aufgrund reichlich vorhandenen Geldes und zahlreicher verfügbarer Objekte so günstig wie noch nie, allerdings haben das viele Investoren bereits bemerkt und der zunehmende Wettbewerb wird wieder zu steigenden Preisen führen, die ein solches Investment nur noch bedingt rentabel machen. Immobilien lohnen sich aber sowieso nur für langfristig angelegte Investitionen, zu schnellen Profiten taugen sie nicht. Damit ist im Angesicht der kommenden Inflation nur so viel sicher: Unser Geld wird schon bald weniger wert sein.

Die Zivile Koalition

Neben dem BürgerKonvent engagieren sich auch zahlreiche andere Organisationen für den Schutz der Bürgerrechte und für mehr Beteiligungsmöglichkeiten an politischen Abläufen. Eine dieser Organisationen ist die Zivile Koalition aus Berlin, die sich, ebenso wie der BürgerKonvent für eine Verwirklichung der Ziele Freiheit, Wohlstand, Glück und Gerechtigkeit auf Basis der bürgerlichen Gesellschaft einsetzt.

Die Zivile Koalition verfolgt das Ziel, durch Bündelung der bürgerlichen Kräfte in Deutschland der Zivilgesellschaft und dem Willen der Bürger wieder Geltung verschaffen. Dazu soll eine breit angelegte Basisbewegung aus den bürgerlichen Kräften der Gesellschaft geformt werden, die durch gezielte Aktionen und dauerhafte Begleitung und Beobachtung des politischen Geschehens die Demokratie erneuern soll. Dabei ist die Zivile Koalition jedoch keine einförmige Organisation, sondern vereint vielmehr unter ihrem Dach mehrere Initiativen und Programme, die einzelne Zielsetzungen der Zivilen Koalition gesondert verfolgen.

Die Initiative *Echte Reformen jetzt!* setzt sich für die Durchführung zukunftsgerichteter Reformen, wie dem Abbau der Staatsverschuldung oder die Reform des Steuersystems ein. Bürokratie und überflüssige Ausgaben sollen gestrichen werden, um die Bürger nicht nur auf dem Papier, sondern auch für jedermann spürbar zu entlasten. Zusätzlich sollen die demokratischen Entscheidungsstrukturen erneuert und die in Deutschland praktizierte Form der Gewaltenteilung grundlegend reformiert werden.

Die Initiative *Familienschutz* möchte die Institution der Familie vor Bevormundung und Entmündigung schützen, da diese beiden Werte in der heutigen Gesellschaft nicht mehr die selbstverständliche Beachtung finden, die ihnen eigentlich zusteht. Denn die Familie als Fundament unserer Gesellschaft verdient einen weitaus besseren Schutz, als ihr derzeit

von der Bundesregierung und der EU zugestanden wird. Daher setzt sich die Initiative dafür ein, die Selbstbestimmung der Familie aufrechtzuerhalten und Eingriffe in das Elternrecht zu bekämpfen und zurückzudrängen.

Die Zivile Koalition betreibt darüber hinaus eine Internet- und Blogzeitung namens *FreieWelt.net*, die über aktuelle Geschehnisse im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Raum informiert. Die Blogger-Gemeinschaft zählt derzeit 120 Blogger, die sich primär mit den Themen Meinungsvielfalt und Freiheit auseinandersetzen.

Unter *AbgeordnetenCheck.de* haben interessierte Bürger die Möglichkeit, sich und ihre Interessen in die Politik einzubringen und sich über die politischen Positionen ihres Bundestagsabgeordneten zu informieren. Zudem werden über diese Plattform konkrete Forderungen und Initiativen an die einzelnen Abgeordneten herangetragen, sowie Druck auf dieselben ausgeübt.

Mit dem Institut für Strategische Studien Berlin (ISSB) verfügt die Zivile Koalition auch über eine eigene Denkfabrik, in der ein Netzwerk aus Führungskräften, Wissenschaftlern, Publizisten und Journalisten neue Reformkonzepte erarbeitet. Durch gemeinsame Projekte und Seminare werden jungen, politisch engagierten Bürgern die Fähigkeiten vermittelt, die notwendig sind, um im politischen Raum Verantwortung zu übernehmen. Das ISSB orientiert sich dabei an den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaats und der Gewaltenteilung, der sozialen Marktwirtschaft nach dem Vorbild Ludwig Erhards und dem christlichen Menschenbild.

Möglichkeiten der Inflationsbekämpfung

Sämtliche führenden Ökonomen sagen inzwischen für spätestens 2011 ein signifikantes Ansteigen der Inflationsrate voraus. Die Ursache liegt in der großen Ausweitung der Geldmenge im Rahmen der Bekämpfung der globalen Wirtschaftskrise. Doch welche Instrumente existieren eigentlich zur Bekämpfung der Inflation ?

Einer der ersten, wenn nicht gar der erste Versuch, Inflation zu bekämpfen, war das so genannte „Höchstpreisedikt“, das der römische Kaiser Diokletian im Jahre 301 nach Christus erließ. Im Zuge der römischen Reichskrise des dritten Jahrhunderts, in deren Verlauf zahlreiche Generäle um den Kaisertitel kämpften und diesen dann meist nur für kurze Zeit behaupten konnten, wurde die Geldmenge massiv erhöht, was die Inflation stark anheizte. Als Antwort auf den galoppierenden Wertverfall des Geldes erließ Diokletian, dessen Herrschaft das Ende der Krise und den Beginn der Spätantike markierte, das *Edictum De Pretiis Rerum Venalium*. In diesem wurden Höchstpreise für mehr als eintausend Güter und Dienstleistungen festgelegt. Leider wurde, wie bei vielen Maßnahmen zur Kontrolle der Inflation, der erwünschte Effekt nicht erzielt, da die Preise meist zu hoch angesetzt waren und die Menschen zur Umgehung dieser Preise vielfach zum Tauschhandel zurückkehrten.

Der moderne Ansatz der Monetaristen versucht, die Inflation mittels Regulierung der in Umlauf befindlichen Geldmenge zu steuern. Durch ein Senken der verfügbaren Geldmenge soll also erreicht werden, dass mit geringeren Mitteln dieselbe Menge an Gütern gekauft werden muss, was eine Preissenkung und eine Aufwertung des Geldwertes zur Folge haben soll.

Eine zu starke Begrenzung der Geldmenge wirkt jedoch deflationär und rezessiv, würde also das Wirtschaftswachstum abbremsen und Investitionen

verhindern.

Anhänger von John Maynard Keynes dagegen versuchen, die Inflation durch Beeinflussung der Nachfrage zu bekämpfen. Höhere Steuern und ein Zurückfahren der Staatsausgaben sollen dazu führen, dass die Nachfrage sinkt. Allerdings lässt sich auch dieses Instrument nur in sehr engen Grenzen einsetzen.

Die Österreichische Schule sieht in der Ausweitung (hier als Inflation bezeichnet) der ungedeckten Geldmenge, also solchen Geldes, zu dessen Deckung keine Werte wie Gold bereitgestellt werden, durch die Banken die Ursache für die allgemeine Anhebung des Preisniveaus. Die Folgen dieser Vergrößerung der Geldmenge können vermieden werden, falls diese nicht politisch begünstigt werden, etwa durch entsprechende Gesetze, oder falls diese Folgen nicht von der Regierung beabsichtigt sind.

Im Hinblick auf die aktuelle Krise, die den Ursprung in einer verfehlten Politik niedriger Zinsen und leichtfertiger Kreditvergabe hat, lässt sich feststellen, dass die österreichische Schule noch den besten Ansatz zur Erklärung des derzeit vorliegenden Dilemmas liefert. Jedoch zeigt keine der genannten Theorien einen Weg aus der Krise auf, da sich die vorgeschlagenen Lösungsansätze, also Festpreise, Regulierung der im Umlauf befindlichen Geldmenge und Beeinflussung der Nachfrage bereits in der Vergangenheit als untaugliche Instrumente erwiesen haben.

Eine Musterlösung für das aktuelle Dilemma einer großen im Umlauf befindlichen Geldmenge bei gleichzeitig niedrigem Wirtschaftswachstum, „Stagflation“ (eine Wortkreuzung aus Stagnation und Inflation) genannt, ist leider nicht abzusehen. Es bleibt zu hoffen, dass die Politik unter Zuhilfenahme kompetenter Fachleute eine praktikable Lösung erarbeiten wird.

Welche Folgen wird die Wirtschaftskrise haben?

Niemand traut sich derzeit, eine langfristige Prognose zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung abzugeben. Obwohl viele Regierungen schon wieder (Zweck-)Optimismus verbreiten und zu Investitionen in die Zukunft aufrufen, glauben viele Bürger, dass das Ende der Talsohle noch nicht erreicht ist. Zu Recht, wie auch zahlreiche Wirtschaftsexperten bestätigen. Doch welche geopolitische Gesamtlage wird sich wohl ergeben und wer wird als Gewinner und wer als Verlierer aus der Krise hervorgehen?

Nur wenige Wirtschaftsfachleute (vor allem Amerikaner) bezweifeln, dass der US-Dollar in Zukunft seine Stellung als weltweite Reservewährung einbüßen wird. Schon heute setzen einige Zentralbanken verstärkt auf Alternativen, wie den Euro, wobei auch der Euro-Raum vor gewaltigen Herausforderungen steht. Denn aufgrund der laxen Disziplin einiger Mitgliedsstaaten, wie Griechenland oder Italien, läuft der Euro Gefahr, weltweit an Reputation zu verlieren. Daher müssen diese Staaten in Zukunft zu einer ähnlich starken währungspolitischen Disziplin wie Deutschland bewegt werden. Sollte dies nicht gelingen, wird der Euro entweder stark an Wert und Bedeutung verlieren, oder das Gemeinschaftsprojekt wird in absehbarer Zeit begraben werden. Eine mögliche Lösung für die Zeit nach dem Euro könnte eine neue Gemeinschaftswährung, begrenzt auf ein Kerneuropa sein, das beispielsweise aus Deutschland, Österreich, den Benelux-Staaten, Frankreich und Finnland bestehen könnte.

Eine weitere, durchaus reale Bedrohung der Zukunft, nicht nur für Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern, wie der Beinahe-Bankrott Islands und Ungarns gezeigt hat, ist der Staatsbankrott. Sollte sich die Krise noch weiter verschlimmern oder auch nur noch einige Jahre hinziehen, dann stünden nicht

nur Länder in Afrika oder Asien vor der Pleite, sondern auch europäische Staaten. Zwar haben die EU-Staatschefs signalisiert, dass sie Griechenland nicht im Stich lassen würden, aber sollte sich die Gesamtsituation noch weiter zuspitzen, wären solche Schwüre wohl nichts wert. Zudem steht auch Japan aufgrund finanz- und wirtschaftspolitischer Fehlentscheidungen vor massiven Problemen. Die Pro-Kopf-Verschuldung ist nur in diesem Land höher als in den USA und die Wirtschaftskrise hat das Land, das wie China große Dollarreserven hortet, hart getroffen. Sollte die Regierung nicht einen rigiden Sparkurs fahren, läuft auch dieses Land Gefahr, in die Zahlungsunfähigkeit abzurutschen. Zwar könnte hier China als Retter mit einem Notkredit helfen, jedoch ist ein solches Szenario sehr fraglich.

Worin sich alle Experten einig sind, ist, dass der Einfluss solcher Länder wie China, Indien oder Brasilien in Zukunft stark zunehmen wird, während die Macht Europas, aber auch Nordamerikas relativ abnehmen wird. Vieles hängt sehr stark davon ab, ob die Vereinigten Staaten die Krise meistern, oder ob der Dollar untergeht. Aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Asien, Europa und Amerika kann keiner seine Probleme lösen, ohne damit auch die anderen zu beeinflussen. Stürzt Amerika, wäre dies auch vorerst das Ende von Chinas Aufstieg zur größten Wirtschaftsmacht. Würden dagegen in Europa zahlreiche Länder zahlungsunfähig, würde dies auch die beiden anderen Wirtschaftsräume mit in den Abgrund oder zumindest an den Rand des Abgrundes ziehen. Und sollte sich China zu lange weigern, seinen Bürgern endlich mehr Rechte zuzugestehen, dann stehen dem Land harten Zeiten bevor.

Vorschau

Der Themenschwerpunkt der 59. BürgerBrief-Ausgabe wird voraussichtlich lauten: „Wieviel Sozialstaat können wir uns noch leisten?“

Ankündigung: Gemeinsame Kampagne zur Gesundheitsreform

Der BürgerKonvent und die Zivile Koalition haben die Absicht, im Frühjahr 2010 eine Kampagne zur grundlegenden Reform des Gesundheitswesens zu starten.

Die zentralen Forderungen sind:

1. Abschaffung des Gesundheitsfonds als bürokratisches Monstrum, das Bürokratie aufbläht, zusätzliche Kosten verursacht und Wettbewerb einschränkt.
2. Sicherung eines privat organisierten Gesundheitssystems. BürgerKonvent und Zivile Koalition wollen weniger Staat und staatliche Verordnungen im Gesundheitssystem.
3. Einführung und Sicherung von Transparenz und Preiswettbewerb in allen Bereichen des Gesundheitssystems.
4. Finanzierung der Ausgaben für das Gesundheitssystem wahlweise über eine private Krankenversicherung oder ein Einkommens unabhängiges Prämiensystem der gesetzlichen Krankenkassen.
5. Finanzierung des Sozialausgleichs bei den Krankenkassen aus allgemeinen Steuermitteln.
6. Mittelfristig Abschaffung des Beihilfesystems.

Seit mehr als dreißig Jahren wird regelmäßig in Deutschland über die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Gesundheitswesens diskutiert. Kern des Problems sind die steigenden Ausgaben und Kosten für die Gesundheit der Bevölkerung. Dabei steigen zum einen die Ausgaben durch bessere und teurere Heil- und Behandlungsmethoden, zum anderen durch eine stark steigende Lebenserwartung der Deutschen und damit wesentlich längeren Zeiträumen, in denen Leistungen in Anspruch genommen werden. Mit der Gesundheitsreform der großen Koalition 2007 wurden der so genannte Gesundheitsfonds und ein

einheitlicher Beitragssatz in Höhe von 14,9 Prozent für alle gesetzlichen Krankenkassen eingeführt. Zuvor schwankte der Beitragssatz je nach Kasse zwischen rund neun Prozent und gut 17 Prozent. In der Vergangenheit wurde immer wieder versucht durch staatliche Eingriffe die Ausgaben für das Gesundheitswesen zu begrenzen bzw. die Steigerungsraten zu reduzieren. Schlagwörter in diesem Zusammenhang sind die Einführung von Budgets für niedergelassene Ärzte, die Einführung der Praxisgebühr und des Eigenanteils bei stationären Behandlungen, die Erhöhung des Eigenanteils bei verschreibungspflichtigen Medikamenten. Gleichzeitig wurden durch Verordnungen die Therapieoptionen der behandelnden Ärzte wesentlich eingeschränkt und Dokumentationsverpflichtungen erhöht. Keine dieser und vieler anderer Maßnahmen hat den grundlegenden Finanzierungsmangel des deutschen Gesundheitssystems bisher beheben können: Die Ausgaben liegen weiterhin deutlich über den Einnahmen. Tendenz der Finanzierungslücke stark steigend. Daher wird der BürgerKonvent gemeinsam mit der Zivilen Koalition in diesem Jahr durch eine gemeinsame Kampagne gegen den Gesundheitsfonds vorgehen.

Im Rahmen dieser Kampagne soll zunächst eine Petition gegen den Gesundheitsfonds in den Bundestag eingebracht werden und danach soll durch die gemeinsame Nutzung der Ressourcen von BürgerKonvent und Ziviler Koalition der Erfolg dieser Petition im Parlament sichergestellt werden. Weitere Einzelheiten zur Kampagne folgen in den kommenden BürgerBriefen.

Impressum

Herausgeber:
BürgerKonvent e.V.
Albrechtstraße 14b
10117 Berlin

Verantwortlich i.S.d.P
Hans-Günter Lind

Redaktion:
Hans-Günter Lind
Caroline Engeling
Christian Marschall

Kontakt:
Tel.: 030/880 33 240
Mail:
info@buergerkonvent.de

Auflage:
14.000 Exemplare